

Die Kartellbehörde fragt nach

Wegen eines Rabattsystems interessieren sich weitere Ermittler für die Vorgänge im Regensburger Krematorium.

Von Rainer Wendl

Regensburg. Die Staatsanwaltschaft will bis Ende des Jahres ihre Ermittlungen zum Themenkomplex Krematorium abgeschlossen haben. Wie die Rundschau mehrfach berichtet hat, sieht sich die städtische Einrichtung mit einer Reihe von Vorwürfen konfrontiert, die Mitverbrennung von Amputaten und Geweberesten in „fremden“ Särgen hat sogar bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Nachdem kürzlich die Gewerbeaufsicht der Regierung der Oberpfalz Nachfragen zur Betriebslaubnis der Ofenanlagen hatte, will nun eine weitere offizielle Stelle Genaueres über die Vorgänge am Dreifaltigkeitsberg wissen.

Es ist die beim Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie angesiedelte Landeskartellbehörde. Sie befasst sich mit Verträgen, die zwischen dem Krematorium und Bestattungsunternehmen in der gesamten Region bestehen. Demnach winken diesen Vergütungen, wenn sie Verbrennungen ausnahmslos in Regensburg durchführen. Durch den Vertrag verpflichten sich die Unternehmen dazu. Die Stadt



Das Krematorium am Dreifaltigkeitsberg kommt nicht nur Ruhe: Nach Staatsanwaltschaft und Gewerbeaufsicht interessiert sich jetzt auch die Landeskartellbehörde für die städtische Einrichtung. Foto: rw

räumt die Existenz solcher Kontrakte freimütig ein. „Im Rahmen einer langfristigen Kundenbindung“ gewähre man den Bestattern tatsächlich Rabatte, lässt die Pressestelle auf Anfrage wissen.

Keine Kontrollen

In diesem Zusammenhang gebe es auch „eine Klausel, die die Bestatter grundsätzlich zur Anlieferung aller Feuerbestattungsfälle verpflichten soll“.

Auf den ersten Blick sieht dies nach einem Passus aus, den man nach landläufiger Einschätzung in einem Knebelvertrag vermutet. Die Stadt betont jedoch, dass

den Unternehmen bei Nichtbeachtung dieser Klausel keine Nachteile, also auch nicht die Nichtzahlung des Rabatts, entstehen könnten, denn: „In der Realität kann dies weder kontrolliert werden, noch wird es kontrolliert. Es soll dem Bestatter dadurch lediglich deutlich gemacht werden, dass sich das Krematorium eine langfristige Zusammenarbeit für die Gewährung der Rabatte wünscht.“

Der Landeskartellbehörde, die eine Nachfrage zur Formulierung der Klausel hatte, habe man bereits geantwortet. Die Stadt betrachtet diese Praxis also ganz offensichtlich als unproblematisch. Fraglich ist jedoch,

wie der Kunde dazu steht; im Gebührenbescheid erfährt er nämlich nichts von den Rabatten, die letztlich er finanziert.

Mitarbeiter versetzt

Inzwischen hat die Stadt übrigens eine personelle Konsequenz gezogen: Ein Mitarbeiter aus dem Bereich Bestattungswesen wurde versetzt, zudem wurde ein Disziplinarverfahren eröffnet. Grund dafür sind Ungeheimheiten bei den Versandgebühren für Urnen – einer der Punkte im Krematoriumsskandal, den sich die Staatsanwaltschaft zu Gemüte geführt hat.